

Zeitschrift: Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES
Herausgeber: Schweizerische Energie-Stiftung
Band: - (2003)
Heft: 4: Ölland Schweiz : der Traum vom eigenen Erdöl und Gas

Artikel: "Für ein neues AKW muss die Schweiz noch viel tun."
Autor: Braunwalder, Armin
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-586954>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

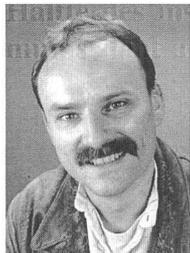
Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 14.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

«Für ein neues AKW muss die Schweiz noch viel tun.»



Von
Armin Braunwalder,
SES-Geschäftsleiter

Aus für AKW Beznau

Den Atomausstieg hat die Atomlobby am 18. Mai mit Millionenaufwand erfolgreich verhindert. Nach dem heißen Sommer und dem Stromblackout in Italien wöhnt sich die Branche erst recht im Aufwind. Dass auch die AKW wegen der Hitze ihre Leistung drosseln mussten, ist für die Branche eine ärgerliche Randnotiz. «Gestiegene Akzeptanz der Kernenergie weiter erhöhen und das Thema Erneuerbare aktiv besetzen», lautet jetzt ihre Devise. Eine brancheninterne Umfrage hat nämlich ergeben, dass 71% der KonsumentInnen «eigentlich gar keinen Atomstrom konsumieren wollen.» 77% wünschen sich bis 2020 eine Stromversorgung ohne Atomstrom. In Beznau bietet sich die erste Gelegenheit, die Kundenbedürfnisse ernst zu nehmen. Im Jahr 2020 müssen die alten AKW Beznau 1+2 ersetzt sein. Das berichtete die «Aargauer Zeitung» Ende Oktober. Während die AKW Gösgen und Leibstadt bis 2039/2044 Strom liefern sollen und damit «viel Zeit haben für die Frage, was nachher kommt» bleibt, beginnt die Zeit für die Beznau-Altreaktoren bereits zu drängen. Die Xpo muss schon «in den nächsten Jahren» entscheiden, wie der Strom nach 2020 produziert wird. Die Atomenergie – so die AZ – habe den Makel der radioaktiven Abfälle und deren Endlagerung. Den will die Branche mit einer klaren Strategie beseitigen. Sie will «echte und sichtbare Fortschritte in der Entsorgung.» Wetten, dass wir in den nächsten Jahren wieder einmal überschüttet werden mit PR-Kampagnen, die uns die Lösung des Atommüllproblems zum x-ten Mal verkünden. Wie sagte es



doch Walter Nef, Leiter des AKW Beznau in der AZ: «In der Schweiz muss man sehr viel machen, um die politische Akzeptanz für ein neues AKW nach 2020 zu erreichen. (Euroforum, «Aargauer Zeitung», 31. Oktober 2003)

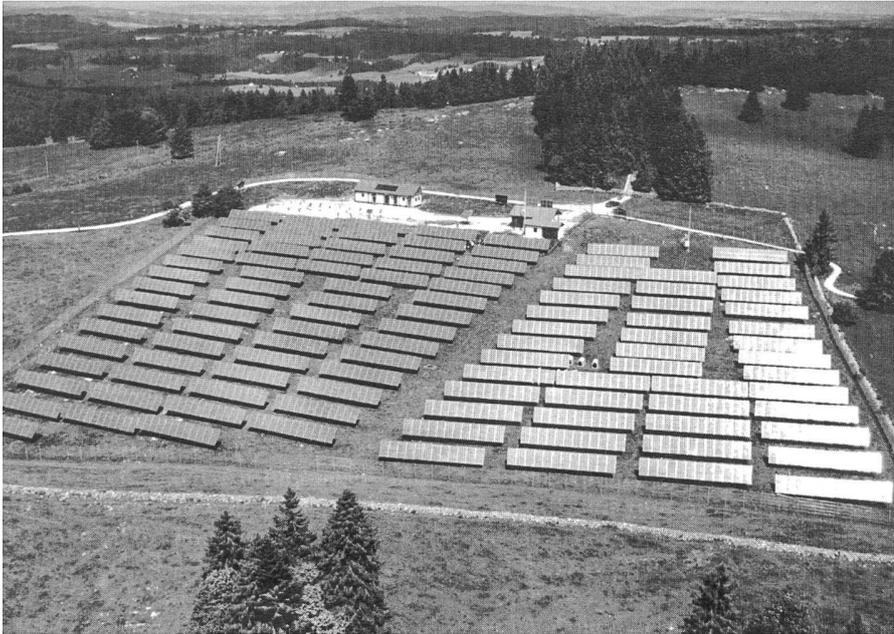
Akzeptanzkampagne für Euroreaktor

In Europa läuft die Akzeptanzkampagne schon auf Hochtouren. Ab 2005 muss nämlich ein Grossteil der konventionellen Kraftwerke ersetzt werden. Siemens und Areva sind daran interessiert, mit dem Euroreaktor EPR den Fuss auf dem weltweiten Nuklearmarkt in der Tür zu halten. Beim EPR geht es nicht nur um einen Reaktor in Frankreich oder Finnland, sondern um ein vorzeigbares Referenzmodell für den Weltmarkt. Die Atomlobby hat aus ihren Niederlagen in Wyhl, Kaiseraugst, Gerstheim, Wackersdorf und Zwentendorf gelernt. Die alten Fehler werden nicht wiederholt. So läuft zur Zeit europaweit eine geschickte Akzeptanzkampagne für den «neuen, sicheren, umweltfreundlichen und nachhaltigen» Euroreaktor

an. Die «nachhaltige, klimafreundliche Kernenergie» ist das Motto der anlaufenden millionenschweren Werbeaktion. (BUND, 11. November 2003)

Gefahr durch schmutzige Bombe

Auf welchem schmalen Akzeptanz-Grat die Atomtechnologie wandelt, weiss auch die «Aargauer Zeitung»: «Die Betreiber sind sich bewusst, dass bei einem Unfall irgendwo auf der Welt die Stimmung rasch auf Anti-AKW schalten kann.» Diese Wahrscheinlichkeit steigt mit jedem Tag, und schon naht weiteres Ungemach aus den USA. Eine Untersuchung des staatlichen Forschungsinstituts Los Alamos Laboratory in Kalifornien, das zum Energieministerium gehört, hat festgestellt, dass in den vergangenen fünf Jahren in 1300 Fällen radioaktive Materialien verloren gegangen, gestohlen oder an ungeschützten Orten deponiert worden sind. Die Gefahr, dass in den USA eine schmutzige Bombe entwickelt werde, scheineträchtlich zu sein und es herrsche kein Mangel an radioaktiven Materialien dafür, meinen die



Die SES unterstützt die Erklärung «Die Zukunft ist erneuerbar» und fordert klare Schritte in Richtung erneuerbare Energien und Energieeffizienz

Verfasser des Expertenberichts. Dass das Material überhaupt verschwinden konnte, führen die Experten des Los Alamos Laboratory auf unzureichende Sicherheitsbestimmungen für Lagerung und Transport zurück. (AP, NZZ, 13. November 2003).

Die Zukunft ist erneuerbar

Weltweit wollen Nichtregierungsorganisationen (NRO) mit der Erklärung «Die Zukunft ist erneuerbar» den internationalen Vorbereitungsprozess für die Konferenz «Renewables 2004» einleiten, die im Juni 2004 in Bonn stattfinden soll. Die SES unterstützt diese Erklärung. Die Erklärung fordert die Regierungen und andere wichtige Entscheidungsträger auf, die derzeitige, nicht nachhaltige Energiegewinnung aus fossilen Brennstoffen zu überwinden und klare und unterschiedene Schritte in Richtung erneuerbare Energien und Energieeffizienz zu unternehmen. Insbesondere fordert die Erklärung den stufenweisen Abbau von Subventionen für fossile Brennstoffe und Atomenergie sowie neue Richtlinien und Massnahmen zur Förderung der Energieeffizienz und erneuerbarer Energien. Die Erklärung betont, dass die Bonner Konferenz nicht nur zu neuen Verpflichtungen seitens der Regierungen, sondern seitens aller Interessengruppen führen sollte. Hierzu gehören auch internatio-

nale Finanzinstitutionen. Deren finanzielle Förderung von fossilen Energien, Atomenergie und grossen Wasserkraftprojekten muss durch die Förderung neuer erneuerbarer Energien und Energieeffizienz abgelöst werden. (Die Erklärung im Wortlaut unter www.ee-netz.de/cures.html)

Die Mär von der sauberen Wasserkraft

Während mit dem freiwilligen Klimarappen der Erdölvereinigung das Schweizer Klimagewissen im Ausland beruhigt werden soll, führen Schweizer Pumpspeicherkraftwerke im Ausland zur Erhöhung des CO₂-Ausstosses. Der WWF Glarus, der WWF Schweiz und die Schweizerische Energie-Stiftung SES haben nicht nur darum vorsorgliche Einsprache gegen den geplanten Ausbau der Pumpspeicherung der Kraftwerke Linth-Limmern (KLL) und der Nordostschweizerischen Kraftwerke (NOK) erhoben. Die drei Organisationen fordern die Koordination der verschiedenen notwendigen Bewilligungen in einem Verfahren und sind überzeugt, dass eine Konzessionsanpassung und damit verbunden eine Erhöhung der Restwassermengen unausweichlich sind. Einer genaueren Abklärung bedarf auch die Frage, ob die Wasserzinse angesichts der markanten Kapazitäts- und damit auch Profitsteigerung nicht

erhöht werden müssen. Die drei Organisationen machen darauf aufmerksam, dass für den Pumpspeicherbetrieb voraussichtlich überschüssiger Strom aus dem europäischen Energiemix verwendet wird. Dieser weist aufgrund der fossilen Stromproduktion eine hohe CO₂-Belastung auf. Pumpspeicherung führt darum zu einer Erhöhung des CO₂-Ausstosses und zu einem unnötigen Ausbau der Leistungsspitze. Die Leistung aller Schweizer Kraftwerke liegt schon heute weit über dem inländischen Spitzenbedarf. Ein Ausbau hat nichts mit dem schweizerischen Bedarf zu tun. Davon profitieren nur die grossen Stromhändler, die für den Export produzieren. Ob somit Pumpspeicherung und erst recht deren Ausbau in Linth in Anbetracht des CO₂-Reduktionsziels energie- und klimapolitisch überhaupt vertretbar ist, muss bei einer Neuauflage des Pumpturbinen-Projekts sorgfältig geprüft werden. (Medienmitteilung 22.10.03)

Zürcher Verfassung ohne Biss

Nicht nur die Schweiz, auch der Kanton Zürich tut sich schwer mit dem Verfassungsauftrag für eine nachhaltige Entwicklung. Davon zeugt der Entwurf der neuen Verfassung für den Kanton Zürich. Für die SES ist dieser Entwurf eine einzige Enttäuschung. Dem Verfassungsentwurf fehlt energie- und umweltpolitisch jeglicher Biss. Die SES fordert in ihrer Stellungnahme einen politisch unabhängigen Nachhaltigkeitsrat. Im Verkehrsbereich muss die Förderung des öffentlichen Personenverkehrs sowie die Umlagerung des Güterverkehrs auf die Bahn in der Verfassung verankert werden. Ein blinder Fleck ist der Energiebereich: Weder die rationelle Nutzung von Energie noch die Förderung von umweltverträglichen und erneuerbaren Energieträgern sind im Verfassungsentwurf zu finden. Diese beiden Punkte gehören zwingend in die Zürcher Verfassung. Im Weiteren fordert die SES in Raumplanung und Umwelt die Verankerung des Verbandsbeschwerderechts der Natur-, Umwelt- und Heimatschutzorganisationen in der Verfassung. Zudem verlangt die SES die Aufnahme verbindlicher Rahmenbedingungen für eine ökologisch orientierte Steuer- und Finanzreform in die Verfassung. (SES-Medienmitteilung, 6.11.03) □